



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bamberger: Staatenbund von Nordeuropa

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Staatenbund von Nordeuropa

Von Justizrat Bamberger



Am 3. Juli 1866 wurde die Schlacht bei Königgrätz geschlagen. In der Nacht zum 5. Juli traf im Hauptquartier ein Telegramm des Kaisers Napoleon ein: Der Kaiser Franz Joseph habe ihm Venetien abgetreten und seine Vermittlung angerufen; der glänzende Erfolg der Waffen des Königs nötige ihn, aus seiner bisherigen Zurückhaltung herauszutreten.\*) Sogleich entschloß sich der Ministerpräsident, den Frieden „auf der Basis der territorialen Integrität Österreichs“ anzuraten; im Falle französischer Einmischung müsse unter mäßigen Bedingungen sofort Friede und womöglich ein Bündnis geschlossen werden, um Frankreich anzugreifen. Im Hinblick auf spätere Beziehungen sollte indessen jede kränkende Erinnerung für das österreichische Ehrgefühl, namentlich ein triumphierender Einzug in Wien, vermieden werden. Mit dieser Ansicht stand Bismarck im Hauptquartier allein, sämtliche Generale und der König selbst waren dagegen; man bezeichnete ihn als den „Questenberg im Lager“. Am 23. Juli fand unter dem Vorsitz des Königs Kriegsrat statt. Der Kriegsrat entschied gegen Bismarck. Er stand schweigend auf, ging in sein anstößendes Schlafzimmer und wurde von heftigem Weinkampf befallen. Als er sich erholt hatte, arbeitete er eine Denkschrift aus und bat am Schlusse den König, bei Weiterführung des Krieges ihn seiner Ämter zu entheben. „Österreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanchebedürfnis mehr als nötig, zu hinterlassen, müßten wir vermeiden, vielmehr uns die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den österreichischen Staat als einen Stein im europäischen Schachbrett und die Erneuerung guter Beziehungen mit demselben als einen für uns offenzuhaltenden Schachzug ansehen. Wenn Österreich schwer geschädigt werde, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden.“ An der Hand der ausführlichen Denkschrift hielt Bismarck am folgenden Tage dem König Vortrag. Er entwickelte alle politischen und militärischen Gründe, die gegen eine Fortsetzung des Krieges sprachen; obenan stand die Rücksicht auf die zu erwartende Einmischung Frankreichs. König Wilhelm verblieb auf seinem

\*) Vgl., auch für das Folgende: Fürst Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart 1913. Kapitel 20, Abschnitt IV und V.

Standpunkt. Der Hauptschuldige dürfe doch nicht ungestraft ausgehen, die Verführten könne man leichter davon kommen lassen, deswegen seien Gebietsabtretungen von Österreich unerlässlich. Bismarck erwiderte: „Wir hätten nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben. Österreichs Rivalitätskampf gegen uns sei übrigens nicht strafbarer, als der unsrige gegen Österreich. Er wolle auch vermeiden, in dem künftigen deutschen Bundesverhältnis verstümmelte Besitze zu sehen, in denen der Wunsch nach Wiedererlangung des früheren Besitzes mit fremder Hilfe lebendig werden könne, es würden das unzuverlässige Bundesgenossen werden. Es sei von hoher Wichtigkeit, ob die Stimmung, die wir bei unseren Gegnern hinterließen, unverföhnlich, die Wunden, die wir ihnen und ihrem Selbstgefühl geschlagen, unheilbar sein würden. Der König wurde im Laufe der Erörterung so erregt, daß der Vortrag abgebrochen werden mußte. Der Ministerpräsident kehrte in sein Zimmer zurück in der Stimmung, ob es nicht besser sei, aus dem offenstehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen. Plötzlich trat der Kronprinz ein. Er erklärte sich bereit, mit seinem Vater zu sprechen. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde. Dann erging der Befehl: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt, und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“ — Für Bismarck war es trotz der Schärfe der Ausdrücke eine erfreuliche Lösung der für ihn unerträglichen Spannung und es verblieb ihm an den Vorgang nur die schmerzliche Erinnerung, daß er seinen Herrn, den er liebte, so hatte verstimmen müssen.

Welch hohes Verdienst sich der damalige Ministerpräsident durch weise Mäßigung und Selbstbeherrschung erworben hat, darüber ist heute kein Wort zu verlieren. Nach dem französischen Kriege, 1871, lagen die Dinge anders. Aber auch Frankreich gegenüber ging Fürst Bismarck nicht darauf aus, so viel Gebietsabtretung wie möglich, durchzusetzen. Selbst der Besitz von Metz erschien ihm nicht unbedingt wünschenswert. „Ich mag nicht so viele Franzosen in unserem Haus, die nicht drin sein wollen. Es ist mit Velfort ebenso, auch dort ist alles französisch.“\*)

Wenn die Erinnerung an große Tage der Vergangenheit wachgerufen wird, so geschieht es nicht in dem Sinne, als ob die Lehren jener Zeit unmittelbare Anwendung auf die vielfach andersgearteten Verhältnisse der Gegenwart finden könnten. Es ist aber vielleicht nützlich, darauf hinzuweisen, daß der Meister der Staatskunst allezeit ebenso maßvoll, wie entschlossen war, daß er sich auch von dem größten Erfolg nicht blenden ließ, sondern darüber hinaus weit in die Zukunft blickte, auf der Höhe des Triumphes unerschütterlich in Ruhe und

\*) Moritz Busch, Graf Bismarck und seine Leute. Band II, Seite 373.

Besonnenheit. — Es liegt nahe, daß das künftige Schicksal des Königreichs Belgien schon jetzt den Gegenstand vieler Erörterungen bildet. In der Presse wurde die Ansicht vertreten, Belgien müsse ganz oder zum großen Teil dem Deutschen Reich einverleibt werden. Wenn solche Ansichten und Stimmungen im feindlichen Ausland bekannt geworden sind, so kann das der endgültigen Regelung der belgischen Frage förderlich sein. Ob es jedoch richtig wäre, die Drohung zur Ausführung zu bringen, das darf man bezweifeln. Fast alle Bedenken, die oben wiedergegeben sind, würden sich von neuem erheben. Die vom Standpunkt des Eroberers vollkommen berechnete Maßregel würde dem belgischen Selbstgefühl unheilbare Wunden schlagen. Bitterkeit und Rachsucht würden dauernd lebendig bleiben. Deutschland hätte einen unversöhnlichen Feind im Lande, auf den jeder Gegner rechnen könnte. Als Provinz, wie als Reichsland, wäre Belgien eine beständige Kriegsgefahr. Das Gewicht dieser Bedenken wird nicht vermindert durch die Erwägung, daß Belgien sich in dem gegenwärtigen Kriege auf die feindliche Seite gestellt hat und daß in wiederholten Fällen grausam, ja unmenschlich gegen deutsche Soldaten und selbst gegen Verwundete verfahren ist. Denn über die Frevler sind, soweit es möglich war, strenge Strafen nach Kriegsrcht verhängt. Und wenn Belgien der englischen und französischen Verführung zum Opfer fiel, so beruhte das auf der mangelnden Widerstandskraft des Verführten, auf der Ohnmacht des Kleinstaates. Für jeden Kleinstaat kommt der Augenblick, da er zum Spielball stärkerer Mächte wird, wenn er es versäumt, die Folgerungen aus seiner unhaltbaren Lage zu ziehen, wenn er versäumt, festen und dauernden Anschluß an eine Großmacht zu suchen. Mag er sich bei kriegerischen Verwicklungen entscheiden, wie er will, er läuft immer Gefahr, wenn die getroffene Wahl sich später als verfehlt erweist, seine staatliche Unabhängigkeit einzubüßen. So sind 1866 deutsche Kleinstaaten von der Karte Europas verschwunden, weil sie bei ihrer Entscheidung nicht das Richtige getroffen haben. Deswegen könnte auch Belgien sich nicht beklagen, wenn ihm dasselbe Schicksal zuteil würde. Nur darf der Gesichtspunkt der Bestrafung nicht dahin führen, das eigene Interesse zu verletzen. Dieses Interesse wäre aber gefährdet, wie oben dargelegt wurde. Berücksichtigt man vollends, daß in Belgien nicht allein die herrschende Sprache französisch ist, sondern auch die Gesinnung und Bildung\*), so muß es recht bedenklich erscheinen, ein solches Land dem Deutschen Reich einzuverleiben. Sind doch selbst mit Elsaß-Lothringen teilweise schlechte Erfahrungen gemacht worden; die Besorgnisse des Fürsten Bismarck nach der Richtung haben sich als nicht unbegründet erwiesen. Ganz anders stellt sich die Rechnung, wenn es gelingt, mit Belgien gleichzeitig zum Frieden und zum Abschluß eines dauernden Schutz- und Trutzbündnisses zu gelangen. Worin die Vorteile eines derartigen Bündnisses für beide Teile bestehen, das liegt auf der Hand. Belgien behält in dem Fall

\*) Vergl. Otto von Pfister, Belgien (Grenzboten vom 23. September 1914).

seine bisherige Unabhängigkeit, die durch den Verlauf des Krieges doch sehr in Frage gestellt ist, und es gewinnt den Schutz der stärksten Militärmacht Europas, die sich eben jetzt gegen eine Welt von Feinden, selbst nach feindlichem Zeugnis, ruhmvoll behauptet. So führte der bittere Streit, den keines von beiden Ländern gewollt, den eine unglückliche Verkettung von Umständen herbeigeführt hat, zu einem versöhnenden Abschluß. Der Sieger läßt Milde walten gegen den Besiegten, Belgien seinerseits kann Deutschland so viel nicht bieten. Immerhin ist es wirtschaftlich, wie militärisch leistungsfähig genug. Das reiche, dicht bevölkerte Land umfaßt 30 000 Quadratkilometer mit  $7\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern und es verfügt über einen Kolonialbesitz, der achtzigmal so groß wie das Mutterland, und beinahe dreimal so stark bevölkert ist. Das Heer wird für den Kriegsfall auf 200 000 Mann berechnet, die durch 160 000 Mann Bürgergarde verstärkt werden. Belgiens Staatseinnahmen mit 600 Millionen jährlich sind so groß, wie die von Dänemark und Schweden zusammengenommen. Selbstverständlich ist, daß Deutschland angesichts der Erfahrungen, die es mit der belgischen Neutralität gemacht hat, und der schweren Opfer, die es an Gut und Blut bringen mußte, sich nicht darauf verlassen kann, daß ein Bevollmächtigter seinen Namen auf ein Stück Papier setzt. Ein deutsch-belgischer Bündnisvertrag müßte vielmehr durch eine Militär-Konvention mit greifbaren Unterlagen gesichert werden. Wird die Verbindung solchergestalt zum Schutze beider Teile mit festen Klammern umschlossen, so stellt sie den ersten, bedeutungsvollen Schritt zur Bildung eines machtvollen Staatenbundes dar, der sämtliche dem Deutschen Reich benachbarten kleineren Staaten mit diesem vereinigt. Unter dem Gesichtspunkt gewinnt ein deutsch-belgisches Bündnis eine über seine nächsten Ziele weit hinausgehende Bedeutung. Dann erfüllt sich der Wunsch eines großen Toten. Denn es war Major Hellmut von Moltke, der schon im Jahre 1841 für ein deutsch-belgisches und ein deutsch-dänisches Bündnis nachdrücklich eingetreten ist. \*) — Schwierigkeiten wird die Verwirklichung des Gedankens eines nordeuropäischen Staatenbundes sicherlich bieten. Doch muß eine unbestreitbare Wahrheit dem Plane zustatten kommen. Deutschland hat den Beweis geliefert, daß es dem Bundesgenossen Treue hält und daß es nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft besitzt, ihn zu schützen. Soll der Staatenbundsgedanke verwirklicht werden, so erfordert die Aufgabe in allen beteiligten Ländern die Arbeit vieler einsichtiger Männer, die zum Besten ihres Landes und der Menschheit dafür eintreten, — am letzten Ende aber verlangt sie einen Mann, der mit starker Hand, mit klarem Kopf und warmem Herzen über jeden Widerstand hinweg das Werk zum Ziele führt.

\*) In der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 1. November 1841. Vgl. Grenzboten vom 28. September 1914.